

ONLINE-PUBLIKATION

Fidaa Al Zaanin

Feministische Proteste in Palästina

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

FIDAA AL ZAAANIN ist palästinensische Aktivistin und Feministin aus Beit Hanoun, Gaza. Sie arbeitet insbesondere zu Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit unter Militärbesatzung. Fidaa ist seit 2007 für lokale und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen in Gaza aktiv. Als Advocacy-Koordinatorin arbeitete sie für das palästinensische Netzwerk für Nichtregierungsorganisationen (PNGO) und war Mitglied der UN Women Civil Society Advisory Group (CSAG). Aktuell lebt und arbeitet sie in Berlin.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 4/2021

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: April 2021

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Erstellt mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für diese Publikation ist alleine die Herausgeberin verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Zuwendungsgebers wieder. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

FIDAA AL ZANIN

FEMINISTISCHE PROTESTE IN PALÄSTINA

Palästinensische Frauen beteiligen sich traditionell sehr rege am politischen und gesellschaftlichen Leben und die Kämpfe der palästinensischen Frauenbewegung reichen bis in die Zeiten des Kolonialismus zurück. Trotzdem haben die konzentrierten feministischen Proteste vom 26. September 2019 so manche*n überrascht.

An diesem Tag gingen Tausende palästinensische Frauen – einige unter ihnen zum ersten Mal in ihrem Leben – in zwölf Städten, unter anderem in Ramallah, Nazareth, Haifa, Jaffa und Jerusalem, auf die Straße. Auch in mehreren Geflüchtetenlagern und in der Diaspora (etwa in Berlin und London) kam es zu Demonstrationen. Die Gruppe Tal'at hatte zum feministischen Protest aufgerufen: gegen patriarchale Strukturen insgesamt, gegen toxische Männlichkeit, sexuelle Gewalt, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, wirtschaftliche Ausbeutung, gegen die Ausgrenzung von Frauen auf politischer Ebene und die sexistische Gesetzgebung, aber auch gegen die israelische Besatzungspolitik.

Zuvor waren weibliche Stimmen im palästinensischen Befreiungskampf zunehmend an den Rand gedrängt worden. Auslöser für die neuartige feministische Organisation war die Ermordung der 21-jährigen Palästinenserin Israa Ghayeb durch männliche Angehörige in der Westbank. Dieser Femizid war jedoch kein Einzelfall: Frauenrechtsorganisationen zufolge wurden 2020 im Gazastreifen und in der Westbank schätzungsweise 35 Frauen ermordet. Dies wurde auch in den sozialen Medien publik gemacht und führte zu verstärkten feministischen Diskussionen vor allem in sozialen Netzwerken.

Die Organisation der Proteste erfolgte ohne traditionelle Mobilisierungsmittel, es wurde also nicht auf Ressourcen und Netzwerke parteigebundener Frauenorganisationen zurückgegriffen. Im Unterschied zu anderen palästinensischen Frauenorganisationen ist Tal'at unabhängig: Politische Parteien und offizielle Institutionen haben keine Kontrolle über die Arbeit der Gruppe.

TAL'AT – EIN HOFFUNGSSCHIMMER

Die Organisation Tal'at startete mit dem Aktionsaufruf «Kein freies Land ohne freie Frauen» und traf damit in kurzer Zeit nicht nur in progressiven palästinensischen Kreisen und bei arabischen Feminist*innen-Gruppen, sondern auch auf internationaler Bühne, etwa in Lateinamerika und den USA, auf offene Ohren.

Über ihre Kommunikationskanäle und sozialen Kontakte erreichte Tal'at Menschen und Gruppen in zahlreichen Städten – über Militärcheckpoints, geografische Fragmentierungen und Grenzen hinweg. Manche von ihnen kannten sich bereits und waren als politisch und sozial engagierte Aktivist*innen vernetzt, andere lernten sich auf diesem Wege kennen. Die Mobilisierung erfolgte weitgehend über soziale Netzwerke, in einigen Städten gab es Plakatkampagnen. Tal'at fand in der palästinensischen Bevölkerung größtenteils Zuspruch und ein großes Maß an Unterstützung und Solidarität und schenkte vielen Frauen neue Hoffnung, dass es eine bessere und gerechtere Zukunft in einem freien Palästina geben könnte.

Aus zwei verschiedenen Lagern gab es (vorhersehbare) Gegenreaktionen:

- a) vonseiten rückwärtsgewandter Palästinenser*innen, die jeglichen Feminismus ablehnen und ihn als eine aus dem Westen importierte Ideologie ansehen, die Familienwerte zerstören und das palästinensische Sozialgefüge zerrütten soll;
- b) von Palästinenser*innen, die in der nationalen Befreiung ihres Volkes die wichtigste und erste Aufgabe sehen und für die die Emanzipation der Frauen erst dann ansteht, wenn dieses Ziel erreicht ist.

UNTERSCHIEDLICHE ERFAHRUNGEN

Tal'at ist das neue Sprachrohr für die Anliegen palästinensischer Frauen, die auf einen echten sozialen und politischen Wandel hoffen. Ziel ist es, eine progressive feministische Agenda ins Zentrum der nationalen Befreiungspolitik zu stellen, die auf sämtliche Lebensbereiche ausgerichtet ist.

Tal'at hat viele palästinensische Frauen dazu bewegt, sich – insbesondere online – über grundlegende Fragen des Feminismus auszutauschen: über das Konzept selbst, darüber, was alles unter Feminismus gefasst werden kann und was es im heutigen Palästina bedeutet, Feministin zu sein.

Letztere Frage löste eine Diskussion darüber aus, welche feministischen Bewegungen denn eigentlich bei Tal'at willkommen seien. Einige Beitrittsanträge israelischer Frauengruppen wurden daraufhin abgelehnt – Tal'at ist der Ansicht, dass palästinensische Feminist*innen derzeit selbst das feministische Narrativ in Palästina bestimmen müssen. In einer öffentlichen Stellungnahme erklären die Aktivist*innen, warum sie derartige Anträge auch in Zukunft ablehnen werden.

Unter dem Dach von Tal'at setzen sich Frauen und feministische Aktivist*innen zudem mit dem aktuellen feministischen Diskurs in Palästina auseinander. Dabei werden – zumindest in den Diskussionen, die ich miterlebt habe – die vielgestaltigen sozialen und politischen Hintergründe palästinensischer Frauen einbezogen. Die Anerkennung dieser Diversität lässt Raum für die durch unterschiedliche Herkunft, Identität und Formen der Unterdrückung gekennzeichneten Erfahrungen der Palästinenserinnen und somit ihre differierenden Bedürfnisse, Sorgen, Erwartungen und Träume. Vielen wurde klar, dass eine autonome Frauenorganisation nur dann entstehen kann, wenn diese Diversität berücksichtigt wird. Geschieht dies nicht, werden Einzelgruppen begünstigt und das Ziel einer echten kollektiven Befreiung rückt in weite Ferne.

VIELFÄLTIGE DISKURSE

Es ist nicht leicht, sich einen Überblick über sämtliche feministische Diskurse und Aktivitäten in Palästina zu verschaffen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass zu diesem Kontext noch nicht viel geforscht wurde. Zudem finden erst seit Kurzem Begriffe wie Feminismus, feministischer Diskurs, Intersektionalität und Patriarchat im Alltag und im öffentlichen Raum Verbreitung.

Dennoch existieren verschiedene feministische Diskurse und Formen von feministischem Aktivismus in Palästina. Sie sind entstanden, weil Frauen auf unterschiedliche Weise von struktureller Gewalt betroffen sind.

Allerdings gibt es Überschneidungspunkte in zentralen Fragen: nationale Befreiung, politische Mitbestimmung, Femizide, Rolle der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, ihre reproduktiven Rechte und ihre Gesundheit. Die Unterschiede liegen in den Perspektiven, aus denen sie sich diesen Fragen nähern, und den Strategien, mit denen sie ihnen begegnen wollen.

Im Folgenden sollen einige dieser feministischen Diskurse und Trends vorgestellt werden, wobei auf bereits bestehende oder sich abzeichnende Problematiken eingegangen wird. Als Feminist*innen werden dabei Frauen, Aktivist*innen und Gruppen bezeichnet, die sich gegen patriarchale Geschlechterhierarchien und für die Geschlechtergleichstellung einsetzen.

DER KONSERVATIVE FEMINISTISCHE DISKURS

Die palästinensische Gesellschaft ist in ihrem Alltag nach wie vor stark von religiösen Lehren und Glaubenseinstellungen geprägt. Dies hat nicht zuletzt Auswirkungen auf feministische Diskurse und die Diskussion über Frauenrechte.

Der konservative feministische Diskurs ist weit verbreitet. In ihm ist die Religion der Maßstab für die Unterscheidung zwischen dem, was akzeptabel ist und was nicht. Er ist mehr oder weniger auf solche gesellschaftlichen Festlegungen beschränkt und geht in der Regel über Rechtsreformen nicht hinaus. So setzt er sich zum Beispiel für islamgerechte Reformen zum Schutz des Erbrechts für Frauen ein und will dieses Recht gegen Betrug und Manipulation absichern.

Der konservative feministische Diskurs vermeidet alle Themen, die mit den Lehren des Islam in Konflikt geraten könnten, so zum Beispiel das Recht der Frau, ihre Kopfbedeckung abzunehmen oder ohne Einverständnis eines männlichen Vormunds zu reisen; auch Themen wie Sexarbeit oder das Recht auf selbstbestimmte Sexualität bleiben außen vor. Derartige Tabus, gepaart mit patriarchalen Gesellschaftsnormen, setzen diesem Diskurs enge Schranken und legen die Messlatte für Forderungen – verglichen etwa mit dem säkularen Diskurs – sehr niedrig an.

Da der konservative feministische Diskurs weniger im Widerspruch zur Gesellschaft und zum System steht, kann er seinen politischen Kampf führen, ohne öffentlich angeprangert zu werden, wie es beim säkularen Diskurs der Fall ist. Zudem hat er Debatten über das Bildungsrecht, die Gesundheitsversorgung, die Arbeitsrechte, die Rechte von Frauen mit Behinderung sowie Fragen rund um das Personenstandsrecht und Gewalt gegen Frauen ermöglicht.

Kürzlich wurden im Gazastreifen Gesetzesänderungen beim Sorge- und Umgangsrecht wieder heiß debattiert und es wurde zumindest eine Angleichung an die in der Westbank geltenden Rechte gefordert. Im Gazastreifen verlieren geschiedene Frauen das Sorgerecht für ihre Kinder, sobald diese sieben (bei Jungen) beziehungs-

weise neun Jahre (bei Mädchen) alt sind. In den meisten Fällen wird ihnen zur Strafe auch das Umgangsrecht verwehrt und es kann vorkommen, dass diese Frauen ihre Kinder nie wiedersehen. In der Westbank wiederum behalten geschiedene Frauen das Sorgerecht, bis ihre Kinder (egal welchen Geschlechts) 15 Jahre alt sind, und es gelten bessere umgangsrechtliche Regelungen für beide Elternteile.

Die Sorgerechtsdebatte wurde im Juni 2020 mit der Ermordung der 20-jährigen Madeline Jarab'a neu entfacht. Sie wurde umgebracht, weil sie die von ihrem Vater geschiedene Mutter kontaktiert hatte. Einen Monat später wurde die zehnjährige Amal Al Jamaly von ihrem Vater wegen Streitigkeiten mit der Mutter ermordet. Daraufhin starteten Frauen und Mütter – die meisten von ihnen von ihren Ehemännern geschieden – eine Kampagne, die eine Änderung der bestehenden Gesetze fordert. Heute zählt die Gruppe etwa 1.500 Frauen und hat bereits mehrere Medienkampagnen, eine Petition und Proteste vor dem Palästinensischen Legislativrat organisiert. Dabei skandierten sie Koranverse und Hadithe (Aussprüche des Propheten) zur Regelung familiärer Beziehungen in der Ehe und nach der Scheidung.

DER SÄKULARE FEMINISTISCHE DISKURS

Der Diskurs der säkularen Feminist*innen ist – im Vergleich zum konservativen feministischen Diskurs – von einem breiteren Netzwerk von Frauenrechtsaktivist*innen getragen. Dieser Diskurs ist ambitionierter und fordert auch die sozialen Normen und patriarchalen Strukturen heraus, die in den Bereichen Religion und Familienverbund vorherrschen und auch in der strukturellen Gewalt öffentlicher Institutionen zutage treten.

Im säkularen Diskurs sind verschiedene Strömungen mit teils reformistischer, teils radikaler Ausrichtung vertreten. Er wird auch von liberalen und linken Feminist*innen getragen sowie von Aktivist*innen, die sich gegen den politischen Islam positionieren.

Gewalt gegen Frauen und «Ehrenverbrechen» sind zentrale Themen dieses Diskurses. Weitere maßgebliche Themen sind die Politisierung von Frauenkörpern, sexueller Missbrauch, Belästigung am Arbeitsplatz, wirtschaftliche Ausbeutung von Frauen, das Tragen des Hidschabs, Freizügigkeit, reproduktive Gesundheit, Arbeitsrecht, Rechtsreformen (u. a. im Strafrecht) und staatlicher Schutz für Frauen. Zudem wird die Forderung vertreten, dass im geltenden Recht internationale Abkommen berücksichtigt werden, wie zum Beispiel das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW).

EINE JÜNGERE, MUTIGERE GENERATION

Zu diesem säkularen feministischen Diskurs gehört eine neue Generation von Feminist*innen, die sich nicht aus Angst vor Gegenreaktionen abschrecken lässt. Dazu zählen auch Tal'at und die queer-feministische Organisation Al Qaws mit Sitz in Jerusalem und weiteren Büros in Ramallah, Haifa und Jaffa sowie #MeTooGaza im Gazastreifen.

Diese jüngere Generation verfügt über ein differenzierteres Verständnis von Patriarchat, Machtbeziehungen, Geschlechterverhältnissen und der Wechselwirkung zwischen unterschiedlichen Unterdrückungssystemen. Dies ist größtenteils der Wissensvermittlung über soziale Medien – zu feministischer Theorie, verschiedenen Strömungen des Feminismus und internationalen feministischen Kämpfen – geschuldet. Die #MeTooGaza-Gruppe ist natürlich stark von der internationalen MeToo-Bewegung beeinflusst.

Aktivist*innen der älteren feministischen Generation sind sich zwar der fehlenden Geschlechtergerechtigkeit bewusst, gehen aber nur begrenzt aktiv dagegen vor. Oft sind sie gleichzeitig Mitglied in einer palästinensischen Partei – eine Verbindung, die sich nicht selten hemmend auf ihre feministische Praxis auswirkt.

Ein Mitglied der Generalunion Palästinensischer Frauen (General Union of Palestinian Women, GUPW), der größten offiziellen Interessenvertretung palästinensischer Frauen in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), die alle politischen Parteien repräsentiert, drückt es in einem Interview so aus:

«Frauen in der GUPW und in den mit ihr verbundenen NGOs müssen die Interessen ihrer Parteien über die Interessen der Frauen stellen. Sie haben keine Wahl. Wenn die Männer in ihrer Partei ein Problem dieser Frauen als unwichtig ansehen, dann wird es auch in der Agenda der Frauen keine besondere Rolle spielen.»

Demgegenüber tauschen sich jüngere Feminist*innen über soziale Medien zu Themen aus, die über den heteronormativen Feminismus hinausgehen: sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentitäten, Geschlechtsumwandlung. Sie kommunizieren darüber, wie sich Geschlechterrollen zu Hause verändern lassen – dort, wo die Ungleichheit anfängt und zur Norm gemacht wird. Sie diskutieren über sexuelle Lust, emotionale Arbeit, Sexarbeit, Vergewaltigung in der Ehe, das Recht auf Abtreibung, Intersektionalität und männliche Macht über weib-

liche Körper und Sexualität. Zudem thematisieren sie sexuelle Belästigung (zum Beispiel am Arbeitsplatz) und sexuellen Missbrauch in der Privatsphäre sehr deutlich. In einer Gesellschaft, in der Sexualität insgesamt zum Tabu erklärt wird, ist das von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Für diese Generation junger Feminist*innen sind soziale Themen wie die Unterdrückung der Frau ganz selbstverständlich auch politische Themen. Deshalb steht sie neoliberalen Ansätzen meist kritisch gegenüber, etwa der Entpolitisierung kollektiver Frauenanliegen durch Auslagerung in NGOs, in denen diese Anliegen dann in spendenabhängigen Projekten mit Deadlines kooptiert werden (wie es mitunter im Gazastreifen und in der Westbank geschieht). Auch Tal'at hat sich öffentlich von solch oberflächlichen Feminismen distanziert und sich zu einer unabhängigen *Hirak* (dt.: Bewegung) erklärt.

Des Weiteren steht die junge feministische Generation reformistischen Strömungen innerhalb des säkularen Diskurses kritisch gegenüber. Sie weigert sich, über die patriarchalen Strukturen des politischen Systems hinwegzusehen und lehnt einen oberflächlichen Wandel ab, der nur Frauen aus den oberen Gesellschaftsschichten zugutekommen würde. Sie hat deshalb auch kein Interesse an Reformen, die der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) in die Hände spielen und ihr helfen würden, den Schein einer aufgeklärten Organisation zu wahren. Diese Feminist*innen geben sich nicht mit steigenden Frauenquoten in der PA zufrieden oder damit, dass Frauen im Polizeidienst tätig sein dürfen. Sie wollen ihre politische Teilhabe nicht auf ein Mitmachen im überholten System beschränken. Sie verstehen die PA und ihre Institutionen klar als Teil des patriarchalen Systems und machen sie deshalb für die Gewalt gegen Frauen und marginalisierte Gruppen verantwortlich. Die PA müsse im Zuge einer wirklichen Befreiung aufgelöst werden.

Demgegenüber gibt es auch Frauenrechtsaktivist*innen, die nicht mit dieser Einschätzung übereinstimmen, sondern die PA als einen unverzichtbaren Akteur ansehen, der weiterhin Bestand haben sollte.

EIN DISKURS IM STÄNDIGEN WANDEL

Ein Blick auf den Wandel des feministischen Diskurses innerhalb der letzten fünf Jahre zeigt, dass die Frauenrechtsbewegung erwachsen geworden ist. Das zeigt sich daran, dass die Diskussionen heute differenzierter sind: Neue Fragestellungen erhalten mehr Raum, etwa über die Intersektionalität von Klasse und Frauenunterdrückung oder die Wichtigkeit feministischen Wissens in arabischer Sprache. Zudem werden Themen wie «Schwarzer abolitionistischer Feminismus» behandelt. Auch Tabuthemen wie Sex und Sexualität werden mittlerweile besprochen – wenn auch nur in kleinem Kreis oder auf Online-Plattformen. Solche Diskussionen sind jedoch noch nicht im Mainstream angekommen und finden mitunter nur in privaten Gruppen zwischen fortschrittlichen Feminist*innen statt.

SCHWEIGEN UND MITTÄTERSCHAFT: «EHRENMORDE»

Geschlechtsspezifische Gewalt und «Ehrenverbrechen» werden meist als «private Angelegenheiten» oder «persönliche Probleme» deklariert und somit unter den Teppich gekehrt. Dies ist Teil einer Rhetorik, die solche brutalen Übergriffe als Einzeltaten darstellt und nicht als systematische Verbrechen begreift. Frauen, die geschlechtsspezifische Gewalt anprangern oder auch nur darüber sprechen, ernten grundsätzlich Vorwürfe und Kritik.

Verlässliche Statistiken zu «Ehrenverbrechen» und Gewalt gegen Frauen gibt es nicht. Viele Taten werden nie angezeigt. Frauenrechtsorganisationen zufolge wurden 2020 im Gazastreifen und in der Westbank schätzungsweise 35 Frauen ermordet. Da viele Familien oder Täter keine Schande darin sehen, gelten viele dieser Fälle als «Ehrenmorde». Andere Femizide werden als Suizide oder Unfälle deklariert, um polizeiliche Untersuchungen so schnell wie möglich abzuschließen und öffentliche Reaktionen sowie eine Berichterstattung in den Medien zu vermeiden.

Der «Ehre»-Begriff ist bei diesen Verbrechen nicht klar umrissen und wird dennoch als Hauptmotiv angegeben. Es gibt keinen Katalog, in dem etwa die Verhaltensweisen aufgeführt wären, die angeblich die Ehre einer Familie verletzen und mit einer gewalttätigen Reaktion der Familienmitglieder beantwortet würden. So kann es sich dabei um völlig harmloses Verhalten handeln: etwa wenn Frauen entgegen den Moralvorstellungen der Familie einen Facebook-Account unterhalten oder wenn sie ein Telefonat von einem Mitarbeiter empfangen, mit einem Fremden sprechen oder spät nach Hause kommen.

Diesem unklaren «Ehre»-Verständnis zufolge müssen Frauen entsprechend den religiösen Gesetzen und patriarchalen Normen der palästinensischen Gesellschaft ihre Sittsamkeit wahren. Dabei wird vor allem auf unverheiratete Frauen großer Druck ausgeübt, da es entscheidend darum geht, die weibliche Sexualität zu kontrollie-

ren und die gesellschaftliche Idee von «Jungfräulichkeit» aufrechtzuerhalten. So werden Frauen durchgehend als «gute Frauen» angesehen, wenn sie sich an soziale Normen und religiöse Gesetze halten, und als «schlechte Frauen», wenn sie dies nicht tun.

Mit der Deklaration als «Ehrenverbrechen» wird mitunter auch vertuscht, dass sich die Tat beispielsweise gegen die Ausübung des Erbrechts oder des Rechts auf freie Partnerwahl richtet. Die Täter wissen, dass sie bei einem «Ehrenverbrechen» mit einem verminderten Strafmaß oder Freispruch rechnen können.

Es ist nicht einfach, sexuelle Belästigung oder Missbrauch zu melden. Viele Frauen haben Angst davor, weil sexueller Missbrauch mit einer Stigmatisierung des Opfers verbunden ist. Wenn eine Frau bedroht, belästigt oder missbraucht wurde und tatsächlich in der Lage ist, die Tat anzuzeigen, so wird dies normalerweise von der Polizei abgewiesen. Derartige Reaktionen von Polizeibeamt*innen oder Krankenhauspersonal sind nicht bloß Ausdruck individueller Einstellungen, vielmehr schützen diese Institutionen ein patriarchales System und sind damit Teil des Problems. In jedem Fall setzen sich die Frauen einem langen und übergriffigen Prozess der medizinischen Untersuchung ihres Körpers aus, der seinen Teil zu ihrer Traumatisierung beiträgt. Die Beweislast liegt in diesen Verfahren immer bei den Frauen, die sich zudem einem bürokratischen Prozess unterziehen müssen, an dessen Ende der Täter meist freigesprochen wird. Aus diesen Gründen entscheiden sich Frauen oft dagegen, öffentlich über Vergewaltigungen oder Belästigungen, insbesondere wenn sie von Verwandten oder Familienmitgliedern begangen wurden, zu sprechen.

Im Gazastreifen existieren zwei Frauenhäuser: eine staatliche Einrichtung und ein von einer NGO betriebenes Haus. Doch keines bietet den Hilfe suchenden Frauen eine tatsächliche Lösung, denn dort herrschen noch die traditionellen, patriarchalen Formen des Umgangs mit solchen Fällen vor: Als Mediatoren werden Männer herangezogen und es kommt zu Interventionen vonseiten der Großfamilien. Das staatliche Frauenhaus soll noch um Einiges schlimmer sein: Dort würden Frauen für das, was ihnen angetan wurde, selbst verantwortlich gemacht und an den Pranger gestellt. Angestellte vertreten dieselbe konservative Ideologie, die die Frauen erst zu Opfern gemacht habe.

ALTERNATIVE RÄUME FÜR GERECHTIGKEIT UND SCHUTZ: SOZIALE MEDIEN ALS NEUE HANDLUNGSZONE

Die patriarchalen Strukturen und sozialen Normen der palästinensischen Gesellschaft führen zur Normalisierung der Gewalt gegen Frauen und erschweren zudem ihren Kampf für Gerechtigkeit. Dafür sind auch die öffentlichen Institutionen verantwortlich, die diese Gewalt verstärken und reproduzieren: So bieten sie etwa legale Schlupflöcher, die es Tätern erlauben, ungestraft oder mit minderem Strafmaß davonzukommen. Im Grunde ist das gesamte System auf Täterschutz ausgerichtet.

Frauen und Mädchen haben ihr Vertrauen in diese Institutionen verloren – sie glauben nicht (mehr) daran, dass diese ihnen Sicherheit und Schutz bieten können. Daher suchen sie nach neuen Wegen, ihre Anliegen an die Öffentlichkeit zu bringen, und bedienen sich sozialer Medien wie Instagram, Twitter und Facebook.

Der Mord an Israa Ghrayeb wäre unbemerkt geblieben, wenn nicht Videos und Chats geleakt worden wären, die einen öffentlichen Aufschrei auslösten und zu einer riesigen Kampagne unter dem Hashtag #JusticeForIsraa führten, die Gerechtigkeit für Israa und die Aufnahme von Ermittlungen gegen ihren Mörder forderte.

Ähnlich steht es im Fall von Madeline Jarab'a: Ohne die Bemühungen von Feminist*innen hätte niemand erfahren, dass sie ermordet wurde. Der öffentliche Druck führte zur Festnahme des Vaters – allerdings wurde er aufgrund eines rechtlichen Schlupflochs wieder freigelassen: Den nächsten Angehörigen von Opfern ist es erlaubt, sich selbst freizusprechen.

Im August 2020 sprachen zwei junge Frauen aus dem Gazastreifen in einem Livestream auf Facebook darüber, dass sie von Angehörigen körperlich missbraucht worden seien. Damit setzten sie sich in beispielloser Weise über die Schranken einer Gesellschaft hinweg, die Gewalt gegen Frauen als «private Angelegenheit» definiert. Alaa Yasin, eines der beiden Mädchen, das mittlerweile nach Ägypten ausreisen konnte, hatte im August 2020 das staatliche Frauenhaus aufgesucht. Später berichtete sie mir davon:

«In der ersten Woche waren die Angestellten im Frauenhaus nett zu mir. In der zweiten Woche ist die Situation dann schlimmer geworden. Sie wollten mir das Telefon wegnehmen und haben mich gedrängt, zu meiner Familie, die mich misshandelt hat, zurückzugehen. Es war wie in einem Gefängnis – nicht wie ein Ort, an dem man Sicherheit und Schutz findet.»

Einen Monat später, am 17. September 2020, sprach ein weiteres junges Mädchen auf Facebook und Instagram darüber, dass sie von ihrem Vater und anderen Familienmitgliedern sexuell belästigt worden sei. Ein

mutiger und wirkungsvoller Schritt, denn wenn es eines gibt, wovor konservative Familien Angst haben, dann, dass solche Taten an die Öffentlichkeit kommen und das Ansehen der Familie «beschmutzen».

Weil es an Straßenprotesten gegen solche Verbrechen fehlt, sind zuletzt immer mehr palästinensische Gruppen in den sozialen Medien entstanden, die Wissen über Feminismus und Frauenrechte verbreiten und sich gegen geschlechtsspezifische Gewalt aussprechen. In diesen Gruppen können Frauen ihre Erfahrungen teilen und einen gemeinsamen Heilungsprozess beginnen. Auch werden dort neue Formen der gegenseitigen Unterstützung entwickelt, die ohne das Internet nicht möglich wären. Außerdem können Feminist*innen in direkten Kontakt treten und im Netz Unterstützungssysteme aufbauen, die betroffenen Frauen zeigen, dass sie in ihrem Kampf nicht allein sind.

Die Nutzung öffentlicher Plattformen durch feministische Gruppen hat sie aber auch zur Zielscheibe von misogynen Drohungen, Online-Mobbing und Erpressung gemacht. Daraus hat sich eine Debatte entwickelt, mit welchen Taktiken sich Feminist*innen gegen solche Angriffe wehren können, ohne die Sicherheit einzelner Gruppen oder Personen zu gefährden.

MÄNNLICHE VORMUNDSCHAFT ABSCHAFFEN

Verglichen mit dem strengen Vormundschaftsrecht Saudi-Arabiens könnte man fast annehmen, dass es in Palästina überhaupt keine männliche Vormundschaft gibt. Dabei existiert auch hier ein informelles Vormundschaftssystem, das von der Gesellschaft und den öffentlichen Institutionen anerkannt wird, obwohl die palästinensische Verfassung das Gegenteil behauptet. Ohne die Erlaubnis eines männlichen Vormunds können Frauen sich nicht an einer Universität immatrikulieren, keine Arbeit annehmen, nicht spazieren gehen, Freund*innen besuchen, verreisen und dürfen sich auch nicht ihre*n Lebenspartner*in auswählen.

Volljährige Frauen, die den Gazastreifen über einen Grenzübergang verlassen wollen, müssen dafür seit Kurzem die Einwilligung ihres männlichen Vormunds einholen. Am 14. Februar 2021 hat nämlich der Scharia-Rechtsrat im Gazastreifen mit einem Erlass entschieden, unverheiratete Frauen dürften nur mit Erlaubnis eines männlichen Vormunds reisen. Nach großem öffentlichem Druck und mehreren politischen Kampagnen heißt es, der Erlass werde revidiert. Trotzdem hält das die Grenzposten nicht davon ab, Frauen informell aufzufordern, eine Genehmigung ihres männlichen Vormunds einzuholen, und ihnen falls notwendig die Durchreise zu untersagen.

GENDER UND DEKOLONISIERUNG

Die Gewalt und Unterdrückung, der sich Palästinenserinnen täglich ausgesetzt sehen, lassen sich nicht losgelöst von der strukturellen Gewalt der israelischen Besatzung verstehen. Die Besatzungspolitik, das eingeschränkte Selbstverwaltungsrecht der palästinensischen Gebiete und die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen, die die Besatzung hervorbringt, verschärfen auch die geschlechtsspezifische Gewalt in der palästinensischen Gesellschaft.

Palästinensische Frauen mit israelischer Staatsbürgerschaft sind anderen Formen von Gewalt ausgesetzt als sonstige israelische Bürgerinnen. Mit der Behauptung, Gewalt sei eine kulturelle Eigenheit der arabischen Bevölkerung, stärken israelische Institutionen bewusst patriarchale Verwandtschaftsstrukturen zum Nachteil der betroffenen Frauen. Gleichzeitig erschwert es die israelisch-ägyptische Blockade den Palästinenserinnen im Gazastreifen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Feministische Aktivist*innen, die gegen die patriarchalen Strukturen in der palästinensischen Gesellschaft kämpfen, müssen sich gleichzeitig gegen die Besatzungspolitik zur Wehr setzen. Sie werden festgenommen und in israelischen Gefängnissen gefoltert, an Checkpoints durchsucht und gedemütigt, sie werden überwacht, belagert und erpresst, ihnen wird der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung verwehrt und das Recht auf Selbstbestimmung genommen. Die jüngere Generation von Feminist*innen verweigert sich jedoch der alten Rhetorik, die die nationale Befreiung ins Zentrum stellt und feministische Diskurse an den Rand drängt. Im neuen feministischen Diskurs gehen die Befreiung Palästinas und die Befreiung der Frau Hand in Hand.

HERAUSFORDERUNGEN

Die Liste der Herausforderungen für Feminist*innen und Frauenrechtler*innen in Palästina ist lang. An erster Stelle steht die Tatsache, dass sie nicht nur mit den patriarchalen Strukturen vor Ort, sondern auch mit der Besatzung zu kämpfen haben.

Zentrale Triebkräfte für eine soziale Bewegung – Ungerechtigkeit und Unterdrückung – sind zwar vorhanden, die gesellschaftliche Wirklichkeit beschneidet aber immer wieder ihre Möglichkeiten zum politischen Kampf. Allein die geografische Fragmentierung stellt ein gewaltiges Hindernis für den Aufbau einer feministischen Bewegung dar.

Mangelnde Ressourcen und Infrastruktur stellen ebenfalls große Herausforderungen dar, die die Fähigkeit zur Mobilisierung und Organisation beeinträchtigen. Hinzu kommen weitere negative Faktoren wie Frustration, Demoralisierung und konstante Rückschläge durch rückwärtsgewandte Kräfte, aber auch die Angst, wegen politischer Organisation verfolgt zu werden.

UNSERE ZUKÜNFTIGE FEMINISTISCHE BEWEGUNG

Es sind bereits große Anstrengungen unternommen worden, um eine feministische Bewegung in Palästina aufzubauen. Verschiedene feministische Gruppen arbeiten daran, gegenwärtige Geschlechterbeziehungen und Machtdynamiken aufzubrechen und zu verändern.

Meines Erachtens gibt es in Palästina heute noch keine feministische Bewegung, sondern lediglich eine feministische Szene. So konnte Tal'at eine bis dato unerreichte Zahl an Palästinenser*innen für feministische Proteste auf die Straße bringen und insbesondere in sozialen Netzwerken zusammenbringen, doch die Zukunft der Gruppe bleibt ungewiss. Die jüngsten Mobilisierungen von Frauen und Feminist*innen beweisen jedoch, dass sich viele nach Veränderungen sehnen und gemeinsam für Geschlechtergerechtigkeit und die Befreiung der Frau kämpfen wollen.

Unsere zukünftige feministische Bewegung muss das politische Terrain neu definieren und den öffentlichen Raum zurückerobern. Wir müssen Organisation neu denken und Organisationsmodelle finden, die dem sozio-politischen und kulturellen Kontext Palästinas entsprechen. Nur so können wir eine tragende Vision für unsere kollektive Befreiung entwickeln.

Übersetzung von Charlotte Thießen und Daniel Fastner für Gegensatz Translation Collective